



Dr. Konrad Hummel

Das Kräftefeld des „Magischen Vierecks“ als Engagementförderung



Bürgerschaftliches Engagement gehört zu den selbstbestimmten Verhaltensweisen, die weder beliebig wie eine Ware hergestellt und gekauft noch obrigkeitsstaatlich angewiesen werden können. Sie entsteht in einem Kräftefeld aufgrund bestimmter Gleichgewichts- und Ausgleichspannungen. Die Wirkungsbedingungen gilt es zu kennen und darauf Einfluss zu nehmen. In dieser Analyse gehen wir davon aus, dass vier wichtige Dimensionen aufeinander wirken: die Wertgrundlagen der Menschen, die gesellschaftlichen Milieus, die Verfasstheit der Gemeinwesen und Führung der Institutionen (leadership) sowie die jeweiligen Beteiligungsformen der Gemeinschaftsbildung (community building).

Es erscheint einleuchtend, dass bei „idealen Bedingungen“ von jeder Seite (z.B. engagementfördernde öffentliche Kultur, visionäre Führungsstile, integrative Methoden und aufgeschlossene moderne Milieus) Engagement quasi nur ausgelöst und angestoßen werden muss.

Da die gesellschaftlichen Wirklichkeiten meist jedoch völlig anders und verschieden in den Rahmenbedingungen sind, erfordert es eine genaue Analyse auch der Wechselbeziehungen zwischen den vier Dimensionen. Die Kunst gelingender Engagementförderung ist es, dieses Kräftefeld so zu inszenieren, dass Menschen in der Auseinandersetzung mit ihren Institutionen die Chancen ergreifen können sich engagiert einzubringen. Je nach Engagementform gilt es auch zu berücksichtigen, dass im Engagement soviel kritisches Potenzial beinhaltet ist, dass es „der Staat“ ohnehin nicht instrumentalisieren kann oder es von soviel tendenzorientierten Werten bestimmt ist (wie z.B. kirchlichem Engagement), dass der Staat höchstensfalls um den Gemeinwohlcharakter dieses öffentlichen Handelns ringen kann.

Werte

Ausgangspunkt der Überlegung ist freilich, dass Engagement nicht direkt selbst „gemacht“ werden kann. „Die Gesellschaft kann ihre Individuen nicht glücklich machen...doch sie kann sie frei machen, etwas mit der Freiheit anzufangen, Einfluss auf die Bedingungen zu nehmen, die Bedeutung des Gemeinwohls zu formulieren und die Institutionen dahin zu bringen, diese Bedingungen zu erfüllen“ (Baumann, 2000, S.156)

Die „verantwortungsethische Handlungsbereitschaft“, wie es Helmut Dubiel nennt, wird nicht von Institutionen erzeugt, sondern in Erziehungsprozessen erworben und – so fügt er hinzu – es könnte sein, „dass die längst vorhandene Solidaritätsbereitschaft der Bürger durch Institutionen nicht erschlossen werden“. (Dubiel, 1996, S.87)

Dieses Verhältnis zwischen Wertgrundlagen und Institutionen ist wechselseitig und spannungsvoll. Diese Wertgrundlagen entstehen in einer jeweiligen Kultur, den gesellschaftlichen Grundwerten, in die wir hineingeboren werden, etwa den europäischen Wertebezug von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Deshalb kommt dem Bürgerengagement im europäisch-amerikanischen Dialog immer auch ein ganz verschieden gefärbter Hintergrund zu. Während in Deutschland dies aufgrund langer staatlicher Traditionen immer eher die Mit-Wirkung ist (wie ehemals das Ehren-Amt) und über Verbände oftmals kanalisiert wird, erscheint es im angloamerikanischen Raum polarisierter, autonomer. Da sind Bürger mithelfend caritativ mit oder ohne Staat tätig und kämpfen im Übrigen um ihre Beteiligungsrechte in Stadtteil (community organizing) oder in Menschenrechtsfragen. Da wird im romanisch sprechenden Europa zwischen Benevol und Voluntariat unterschieden, zwischen den „guten Helfern“ und den definitiv Freiwilligen in eigener Sache. Entsprechend werden in Deutschland Freiwillige vorzugsweise „qualifiziert“ für Aufgaben, die vermeintlich andere Fachkräfte definiert haben und im angloamerikanischen Bereich in „leadership-Seminare“ geschickt, die in Deutschland eher „Führungskader“ der Verbände des Dritten Sektors wären. Wie sehr der Traum vom guten Leben orientiert an diesen Werten immer wieder neu zum Menschen hin („eine neue lokale Empfänglichkeit“) heruntergebrochen werden muss hat Michael Walzer (1992) aufgezeigt und Zygmunt Baumann (2000) sozusagen „weiterbuchstabiert“. In Sicherheit, Chancengerechtigkeit und Vernetzung sieht er die „neuen Kleider“ der drei alten Grundwerte. Die großen Wertinstitutionen der Gesellschaft, z.B. die Kirchen, vergewissern sich mit ihren Denkschriften und die Medien mit ihren Megathemen der Weiterentwicklung der Grundwerte.

Bei der Umsetzung sind die Menschen aber auch geprägt von den Gruppen, denen wir uns darin zuordnen, die Wertege-



meinschaften, der Lebensstil in all seiner ökonomischen Festlegung, kurz: den Milieus, denen wir angehören.

Zum Handeln und zum Engagement fordert heraus, wenn es gilt, solche Grundwerte umzusetzen oder leben zu können. Der Einzelne erfährt solche Herausforderungen in der Regel gar nicht abstrakt sondern bedrängend konkret, nämlich wenn es um seine eigene Freiheit geht, etwas zu tun, zu lassen oder zu sein. Die ersten breiteren Motivationsbefragungen zum Bürgerengagement in der baden-württembergischen Landestudie (1996) unterscheiden das Motiv des Pflichtbewusstseins und des Helfen-Wollens auf der einen und den Wunsch nach Mitgestaltung und Eigennutz/Ich-Bezug auf der anderen Seite. Letztlich gehören diese Motive auf einer Achse von traditionellem hin zu modernen Mustern aber zusammen. Es braucht von allem etwas, kann aber nur gesehen und geleistet werden aus der jeweiligen Sicht der Betroffenen, wo immer sie sich subjektiv gerade im Prozess gesellschaftlicher Modernisierung bewegen. Wie unmittelbar tief die Sonde der Wertorientierung beim Engagement geht, zeigen die spektakulären Beispiele kollektiven Engagements. Überschwemmungskatastrophen u.ä. mobilisieren auf einen Orts- und Zeitpunkt hin alle gesellschaftliche Gruppen und deren unterschiedlichen Motive.

Milieus

Noch präziser lässt sich das in den Milieus der Gesellschaft fassen und unterschiedlichen Engagementfeldern und Verhaltensformen zuordnen. Sich zu engagieren weist den modernen Bürger geradezu aus als Teil seiner „Community“, seines Milieus aus. Es macht ihn, je weniger er über Glaubensgemeinschaften oder Großinstitutionen, nicht einmal Nationalitäten ausweisbar ist, zu einem identifizierbaren, glaubwürdigen, authentischen ungeschriebenen Mitglied und stabilisiert in instabilen Zeiten seine gesellschaftliche Identität. Beispielhaft erkennt jeder das etablierte Milieu beim Handeln der Mäzene oder Rotarier im Feld des Engagements; Denkmalschützer, Kirchengemeinderäte oder Rotkreuzvorsitzende entstammen in der Regel dem traditionellen bürgerlichen Milieu. Umgekehrt findet traditionelles Arbeitermilieu seinen Ausdruck bei Sportvereinen, Gewerkschaften oder Schrebergärten. Feuerwehren, Landsmannschaften auch radikalere Jugendgruppen schöpfen erfolgreich im konsummaterialistischen Milieu, ADAC und Tennisfreunde im Aufsteigermilieu.

Asylnitiativen, Partnerschaftsvereine, wissenschaftliche Freundeskreise zeigen ihre Zuordnung zum liberal-intellektuellen Milieu. Moderne bürgerliche Milieus stützen Tier- und Naturschutzgruppen, sind der Kern der Stadtteilvereine, ihr eher arbeitnehmerorientiertes Pendant hat Greenpeace, Drittweltpaten und moderne Eltern-Kind-Gruppen wachsen lassen. Harley-Davidson-Freunde, türkische Vereine und Kraftsportgruppen sind bei den Hedonisten zu finden, kantige Bürgerinitiativen bei den postmodernen Milieus.

Alles zusammen, hier am Beispiel der zehn Sigma/Sinus-Milieus, ist der reiche Boden des Bürgerengagements in einer Stadtgesellschaft. Alles zusammen verdient wertgeschätzt, „gewogen“ und genau wahrgenommen zu werden ohne dessen genaue Prägung und gesellschaftliche Funktion zu ignorieren oder mit einer einzigen Aktivierungsmethode zu überziehen.

Strukturen, Verfassungen des Gemeinwesens (Leadership)

Werten und Milieus der Bürgerschaft, stehen die Institutionen, Strukturen, Methoden und Vorgehensweisen in der Gesellschaft gegenüber. Wie ist die Verfasstheit des Staates, der Gemeinde oder des Vereines, in dem es um Engagement geht? Wie die praktizierte Führung? Welche Rollen stehen zur Verfügung – etwa das Wahlrecht über das Staatsbürgerrecht, die Volljährigkeit oder die Geschlechtergleichberechtigung? Welche Orte, Symbole oder Wertschätzungen kennt diese Kultur? Wie wichtig sind gewählte Vertreter, Stadträte oder Verwaltungsstrukturen? Und wie stellt diese Gesellschaft sich die Gemeinschaftsbildung vor, den Aufbau von Gemeinden und Gemeinwesen (alles in einem englischen Ausdruck Community und entsprechend vielschillernd community building) und alles heruntergebrochen auf Nachbarschaften?

Handelt es sich um beteiligende Verfahren des Heranführens an gesellschaftliche Ressourcen und Macht wie etwa beim Bürgerhaushalt, Neubürgerempfangen oder Stadtentwicklungsverfahren? Oder sind es selbstorganisierende, machtgenerierende oder gegenmachtbildende Organisationsstrategien wie das community organizing, die Bürgerinitiativen oder der vor zehn Jahren vitale Teil der Bürgerbegehrensbewegung und die Selbsthilfegruppen? Sind die Verfahren inklusiv, in dem sie grundsätzlich alle gesellschaftlichen Gruppen mitnehmen oder selektiv, indem sie bestimmte Gruppen herausheben, stärken, fit machen für Aushandlungsprozesse (empowerment bzw. „positive Diskriminierung“)?

Für die kommunale Ebene in Europa gilt als direkte demokratische Plattform des Bürgerengagements eine unübersehbare Vielfalt der Verfasstheit von Gemeindeordnungen: vom zentralistischen Frankreich mit einem Bürgermeister, der gleichzeitig im Pariser Senat sitzt bis zur holländischen Großstadt, die den Bürgermeister indirekt wählt und das Stadtparlament stützt, von der starken süddeutschen Stellung des Oberbürgermeisters bis zum städtischen Verwaltungsinspektors. Und ähnlich vielfältig ist die Verfasstheit der Kirchen. Wer sich katholisch engagiert, weiß um das Wechselspiel von Papst bis Caritas, evangelisch von Synode bis Pfarrerinnen, muslimisch vom türkisch-staatlichen Imam bis zu den Aleviten. Engagement heißt sich in einer spezifischen, nicht mehr privaten Rolle und Handlungsposition in solchen Feldern zu bewegen, sei es zugunsten der Strukturen, sei es um diese Strukturen zu verändern und Einfluss zu nehmen.



Engagementforschung gehört deshalb zur governance-Forschung, nicht zur „klassischen government-Forschung (Politik- und Regierungshandeln)“. Die Europäische Union hat seit über zehn Jahren im Rahmen ihrer Urban- und Regionalprojekte solche good governance-Forschung gefördert – parallel zur deutschen Debatte um die Förderung Soziale Stadt. Architekten und Stadtplaner diskutieren dies stark methoden- und verfassungsorientiert. Selten leben darin Projekte und kooperative Dienstleistungsformen auf, wie sie die Zivilgesellschaft in der Praxis aber hervorbringt. Da sich gleichzeitig zur Entwicklung dieser zehn Jahre ein vergleichsweise stark ausgebauter staatlicher und wohlfahrtsverbandlicher Sektor in Deutschland erheblich verschlankt und verändert hat, gibt es von Hallenbädern über Büchereien bis Kindergärten, Grünparks oder Resozialisierungsmaßnahmen bei Jugendlichen kein Tabu mehr für neue Formen der Partnerschaft oder Koexistenz zwischen Kommune und Bürgerschaft – viel häufiger also eine public-citizens-partnership als die beschworene public-private-partnership mit Akteuren der Wirtschaft. Die europäische Diskussion (etwa der young generation Stiftung in England über Vereinigung für Demokratie und „education locale et sociale“ in Frankreich bis zu Lehrstühlen „center for leadership“ in den USA) findet kaum grenzüberschreitend statt, bleibt ein Forscherdiskurs mit unüberschaubaren Praktikernetzwerken.

Beteiligungsformen

Dabei ist nun zu unterscheiden, was überhaupt Beteiligungsformen sind, die über die Grundannahmen der Demokratie hinausgehen, dass Verwaltung sich zu legitimieren hat, Führung zu wählen ist und Beteiligungsrechte einklagbar sind. Was fördert Beteiligung als solche, was bringt Engagement voran? Oder ist nicht schon jeder Vereinszuschuss Engagementpolitik und jede Parteiveranstaltung eine Beteiligung? Panagotis Getinis und Herbert Heinelt haben in einer Studie versucht, die Bedingungen von gutem Gesamtmanagement solch wechselnder Faktoren zu messen, d.h. die Zunahme von Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement als Ausfluss und Nebenwirkung besser aufeinander abgestimmter Politiksteuerungsmassnahmen aus den Projektteilnehmerstädten der EU-Förderung herauszufiltern (Gentinis/Heinelt, 2004).

Sie bilden für die Strukturfragen der Verfasstheit und Führung (leadership) vier Kategorien: Der/die Führende als Visionär, Konsenssuchender, Boss oder Sorgenverwalter/Regelhüter. Diesen Führungsmustern stellen sie unterschiedliche Gemeinschaftsbildungsmuster (community involvement/building) gegenüber. Sie können verbändegestützt (corporative) oder gemeinwesengestützt (collective) sein, alle Bürger mitnehmend (inclusiv) oder gruppenstützend (selectiv). Ihre wichtige Hypothese ist, dass es nicht ein Erfolgsmuster für mehr Demokratie gibt, sondern dass die Wechselwirkung passen und stimmen muss. So stellen sie – zuerst nicht weiter verwunderlich – bei über 40 beteiligten Städten in Europa fest, dass diejenigen, in denen visionär und im Konsens geführt wird, bei den erfolg-

reicheren sind und gemischte kooperativ-kollektive Verfahren nachhaltiger wirken, vor allem wenn sie möglichst inklusiv sind, also alle mitnehmen.

Was aber tun, wenn es sich anders konstituiert, wenn keine „Schönwetterdemokratie“ herrscht? Je nach Situation kann auch in einer Stadt ein Engagementfortschritt erzielt werden trotz Boss-Führungsstil, wenn die Beteiligungsmethode darauf abgestimmt ist oder der Prozessverlauf sogar Nutzen aus einer starken Führung zieht. Je nach Situation kann ein selektives Vorgehen mehr an Klarheit bringen als immer und alle mitzunehmen. Es ist vor allem die Kunst dies zugunsten von Engagement zu inszenieren. „Any democratic system needs to rest on some kind of authentic participation“ (ebd., S.10). Beteiligungsverfahren und Führung (hier kommunale Führungsverantwortung) müssen zueinander und aufeinander passen und glaubwürdig sein.

Inzwischen ist Beteiligung so formalisiert und institutionalisiert worden, dass erfahrene Praktiker das Dilemma soweit zuspitzen, dass sie „Berücksichtigung vor Beteiligung“ fordern (Scherer, 2007, S.25). Es kommt sowohl auf der formalen Seite der politischen Macht als auch auf der wertorientierten Seite der Engagierten mindestens so darauf an, was bei der Beteiligung herauskommt, was bleibt und wächst als auch auf die legitimatorische Seite, ob die Bürger korrekt beteiligt wurden. Auch hier hat die Beteiligung (*Form*) stärker als in der bisherigen Stadtentwicklungsdebatte der Sache (*Funktion*) zu folgen, letztlich Nutzen zu generieren und zwar weniger vom Bürger als Klient sondern vom Bürger als Mitproduzent der Daseinsvorsorge. Auch das ist eine Frage authentischer Partizipation: verschnüren sich Beteiligung und Engagement so, dass am Ende beteiligte Bürger herauskommen, die sich ihre Institutionen Stück für Stück aneignen und gestalten können, Eigenverantwortung und Solidarität überhaupt umsetzen können?

Beteiligen oder Teilhaben?

Roland Roth (in: Scherer, 2007) fordert eine nachhaltige Engagementpolitik, die dadurch gekennzeichnet sei, dass eine sich neu aufstellende Verwaltung „auf Augenhöhe“ auf eine aktiv-selbstbestimmte Bürgerschaft zugehe und umgekehrt um gemeinsame Lösungen gerungen werde. Auch er versucht Beteiligung und Engagement letztlich als politischen Aushandlungsprozess verbindlicher zu verschnüren. Der US-amerikanische Ansatz der community-organizer-Methode nach Saul Alinsky ist letztlich noch partiischer gefasst. Die städtische Nachbarschaft ist zu formieren und um klare Rollen, Visionen und Führung herum, um in Verhandlungen einzutreten.

Ein prominenter Organizer, Barack Obama, formuliert es so¹: „Das bedeutet, Kirchen, Nachbarschaftsclub, Elterngruppen und andere Institutionen in einem Gemeinwesen zusammen-

¹ 1983 in der Schrift der Universität von Illinois, Illinois Issues 1990



zubringen, damit sie Beiträge zahlen, Organizer einstellen, Forschung betreiben, Führungskräfte hervorbringen, Demonstrationen und Bildungskampagnen abhalten und Pläne für eine Reihe von Themen machen. Wenn das erst einmal angelaufen ist, verfügt es über die Macht, Politiker, Behörden und Unternehmen dazu zu bringen, sich um die Bedürfnisse der Nachbarschaften zu kümmern“.

Im europäischen Sozialmodell ist man geneigt zu sagen, dass sowohl Parteien, kommunale Selbstverwaltung, Kirchen und Gewerkschaften in ihren Mitgliedsstrukturen schon da sind. Oftmals geht es also im alten Europa mehr um die Öffnung und Modernisierung der Zivilgesellschaft selbst: Aktive Sportvereine, praktisch nicht offen für Migranten; große Parteien, praktisch nicht offen für Jugend; Kirchengemeinden, praktisch soziale Fragen an den kirchlichen Verband delegierend usw.

Dennoch wissen wir, dass unzählige „Nachbarschaften“ (Stadtteile, Quartiere, Gemeinden) weder hinreichend vertreten sind noch die unmittelbar Betroffenen in den Institutionen „zu Wort kommen“, sich vertreten fühlen oder noch weniger selbst aktiv etwas tun. Die installierten Stütz- oder Managementstrukturen haben gleichermaßen die Aufgabe den Anliegen der Betroffenen Gehör zu verschaffen als auch die vorhandenen Institutionen zu öffnen oder beweglicher zu machen. Seit den Agenda 21-Prozessen und den Debatten um Porto Alegre ist dies verbunden mit der Kritik an der Kurzatmigkeit von Politik und Wirtschaft. Bürgerengagement skandalisiert dann unzureichende Klima- oder Armutmaßnahmen. Glaubwürdig geht das nur, wenn dies mit der Qualifizierung der Betroffenen verbunden ist und – darin liegt einer der schwierigsten Fragen zukünftigen Bürgerengagements – in der Verschränkung von Wissen, Macht und Lebensstil.

Obama formuliert die Erkenntnis so: „Probleme von Schwangerschaften von Teenagern, Bandenzugehörigkeit und Drogenmissbrauch können durch Geld nicht allein gelöst werden...“. Mit Richard Senett, Zygmunt Baumann oder Michael Walzer allgemeiner formuliert schaffen es Geld und Macht allein nicht ohne die kulturellen Bindungskräfte einer solidarischen Gemeinschaft – und umgekehrt. Darin liegt die Gefahr einer Engagementpolitik, die sich auf solidarisches Handeln oder Ressourcenbeschaffung oder Machterwerb jeweils allein beschränkt. Sie wirkt nicht nachhaltig und erfüllt damit nicht ein zentrales Motiv von Bürgern zu handeln, nämlich etwas zu bewirken, zu gestalten und einen Nutzen davon zu haben. Dies kann durchaus langfristig gesehen werden, weil sich die Währung von Bürgerengagement von der kurzfristigen Tauschwertorientierung der Marktwirtschaft unterscheidet.

In Zeiten der Kommunalisierung

Der Handlungsdruck um zu neuen Daseins- und kooperativen Dienstleistungsformen und Institutionen auf lokaler Ebene zu kommen ist auf Seiten der Kommune erheblich gewachsen. Während in den neunziger Jahren mit der Pflegeversicherung

die letzten Versuche stattfanden, das Problem der Pflege aus der örtlichen Sozialhilfe in die nationale Verantwortung zu legen, purzeln nun reihenweise die Reformen andersherum.

Der Arbeitsmarkt wird, wenn auch halbherzig und wenig verfassungskonform, kommunalisiert. In der Bildungsdebatte ist die Kommunalisierung von Schulen und Ausbildung einschließlich verbindlicher Kindereinrichtungen kein Tabu mehr. Nun wird überall, z.B. im Umfeld neuer Pflegestützpunkte, eine „Landschaft“ entstehen, eine Versorgungslandschaft von Netzwerken, die drei Sektoren erfolgreich zusammenbringen sollen: Staat, marktwirtschaftliche Versicherer und Bürgerschaft, Verbände, Selbsthilfegruppen. Vorgeschlagen werden Methoden des Case Managements. Bürgerengagement verkommt darin zur Managementaufgabe.

Derzeit jagen sich dann Stützpunkte, Mehrgenerationentreffpunkte, Nachbarschaftsheime, Bürgerhäuser, Seniorenzentren, Freiwilligenagenturen, Mütterzentren und Selbsthilfekontaktstellen mit Engagementpolitik. Alle wollen Engagement und meinen vor allem die professionelle Absicherung aus unterschiedlichen Töpfen, meist bewusst ignoriert von den traditionellen Dienstleistern und Verbänden, die sich an solcher Infrastruktur nicht beteiligen wollen. Diese Konstellationen sind für die Vertrauenswerbung in der Bürgerschaft Gift. Verbands- und milieuspezifisch kann eine Mobilisierung erfolgen, die letztlich die Konkurrenz zwischen den Arbeitsansätzen verstärkt.

Es braucht neue Kooperationsformen, um die Infrastruktur als Dachnetz in den Kommunen verträglich zu verankern. Mit den bisherigen Formen der kommunalen Bürgerbeteiligung ist es nicht getan. Sie belassen die Verwaltung wie sie ist, muten den zivilgesellschaftlichen Akteuren keine Öffnung zu und konfrontieren die örtliche Wirtschaft nicht mit präzisen Anforderungen, wozu sie zivilgesellschaftlich gebraucht wird. Verstärkte formalisierte Verfahren, wie die Bürgerbegehren oder Stadtratsbeschlüsse, beschleunigen nur die Teufelskreise der Veränderungsbehinderung. Näher liegen konsequente Lern- und Projektformen aller Erwachsenen- und Bildungseinrichtungen, die mittels ihrer Öffnung Teil einer Landschaft werden können, die alle Dimensionen gleichzeitig, zumindest anreißen kann. Es geht bekanntlich um Wissen, mehr Mitwirkungsmacht und Lebensstilveränderungen, wie sie am ehesten bei neuen Wohnformen, Transportmitteln, Grünparkpflegen, Demenzkooperativen, Erziehungsbeteiligungsformen, öffentlich sichtbar werden.

Kommunalpolitik steht in der Gefahr, durch Heranziehung der eher traditionellen Milieus eine Art „Versorgungsrufe“ in der Stadt herbeizuführen; durch Bevorzugung konsequent moderner Milieus handelt sie sich den Vorwurf der „Arroganz“ ein und „kauft“ sie sich die Menschen in den versorgungsorientierten unteren und modernen jüngeren Milieus „spaltet“ sie die Stadt. Und nicht zuletzt kann eine „gegen den mainstream“ angelegte Politik der massiven Förderung ver-



nachlässigter Milieus in der bürgerlichen Mitte Gefühle der „Nötigung“ durch ihre Stadtverwaltung hervorrufen. Engagementpolitikstile prägen die Integrationskraft einer Kommune. Es ist daher notwendig, dass die Kommunen klare Vorstellungen entwickeln, ob sie eine Engagementpolitik betreiben wollen, die alle Bürger ihrer Stadt und damit alle Milieus auf ihre Art mitnimmt in der Stadtentwicklung, eine Politik, die gleichermaßen die eigene Verwaltung öffnet, die sie tragenden Parteien als Akteure (also als Handelnde und Behandelte) und die Wirtschaft konsequent damit konfrontiert. Wichtige kommunale Akteure wie Wohnbauunternehmen spielen dabei eine herausragende strategische Rolle. Die Politik muss die gesamte Infrastruktur von Sport bis Kultur aufeinander verpflichten in Methode und Vorgehensweise zum Engagement. Sie muss langfristig in Qualität und leadership investieren. Die Rolle der Schulen und anderer sozial-räumlich zentraler Orte ist bisher dafür völlig unterbewertet. Der pluralen Erwachsenenbildung kommt dabei eine wichtigere Rolle zu als bisher.

Dies kann zusammengefasst als Grundstruktur einer citizens governance benannt werden: Kommunen, die sich ihrer eigenen Verwaltungsreform, der Koordinierung der Methoden, der Modernisierung ihrer Vereine und Wirtschaft, der Vielfalt ihrer Milieus und der Pflege einer öffentlichen Kultur der Bürgerschaftlichkeit verpflichtet wissen. Dort wo in Kommunen fortgeschrittenes Bürgerengagement stattfindet wird hinreichend deutlich, dass es nicht um ein Nullsummenspiel, um Verteilung einer knappen Ressource geht, sondern um die Erschließung neuer Ressourcen, die das Dienstleistungsbild der Kommunen selbst verändern wird.

Dr. Konrad Hummel
Wiss. Referent, vhw e.V., Berlin

Quellen:

- Baumann, Zygmunt (2000): Die Krise der Politik, Hamburger edition, Hamburg
- Dubieli, Helmut (1996): Von welchen Ressourcen wir leben, in: Teufel, Erwin (Hrsg.): Was hält die moderne Gesellschaft zusammen?, suhrkamp
- Walzer, Michael (1992): Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie, Rotbuch Verlag
- Sozialministerium des Landes Baden-Württemberg (1996): Motivationsbefragungen zum Bürgerengagement in der baden-württembergischen Landesstudie, Stuttgart
- Getinis, Panagotis/Heinelt, Herbert (2004): leadership and community involvement in european cities, Chicago conference-paper
- Scherer, Herbert (2007): Was brauchen Stadtteilzentren?, in: Engagement, Beteiligung, Mitwirkung, Tagungsdokumentation des Vereins sozial-kulturelle Arbeit, Berlin

CIVITAS-Tagung in Nürtingen

23. und 24. April 2009

Bürgerkommune: Bis hierher und wie weiter?

1999: Elf Kommunen in Deutschland machen sich im Rahmen des Wettbewerbs der Bertelsmann Stiftung „Bürgerorientierte Kommune – Wege zur Stärkung der Demokratie“ auf den Weg zur Bürgerkommune. Das Städtenetzwerk CIVITAS wird gegründet und arbeitet fünf Jahre lang an Themen wie Anerkennungskultur, Qualifizierung, Bürgerorientierung in Verwaltungen, neue Medien und lokale Demokratiebilanz. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages wird vom CIVITAS-Netzwerk unterstützt.

2005 sind aus elf Kommunen elf CIVITAS-Botschafterinnen und –Botschafter hervorgegangen, die nach Abschluss der Bertelsmann-Zeit das Thema Bürgerkommune weiter voranbringen.

2009: Zehn Jahre CIVITAS sind genug, um mit einer „24-Stunden-Tagung“ **am 23. und 24. April 2009 in Nürtingen** zurückzuschauen und nach vorne zu blicken.

Die Tagung richtet sich an Interessierte aus Bürgerschaft, Verwaltung, Politik und Wirtschaft.

Ihre Beteiligung bereits zugesagt haben:

Dr. Kirsten Witte, Bertelsmann-Stiftung; Prof. Dr. Thomas Olk, Uni Halle-Wittenberg; Dr. Elke Löffler, Birmingham/England; Prof. Dr. Heidi Sinning, Erfurt; Landrat MdL Guido Wolf, Tuttlingen; Bürgermeister Matthias Baaß, Viernheim; Bürgermeister Michael Pelzer, Weyarn

Es erwartet Sie keine gewöhnliche Tagung, sondern ein buntes, partizipatives Programm mit Visionen, Fokusgruppen, Spontan-Theater, Impulsvorträgen und World Café bis hin zu einem gemeinsamen Manifest für Bürgerkommunen.

Kosten:

Übernachtung, Verpflegung und Tagungsgebühr
Im Vier-Sterne-Hotel: 190,- €
Im Drei-Sterne-Hotel: 130,- €

Ohne Übernachtung für Fachkräfte: 50,- €
Ohne Übernachtung für Engagierte: 30,- €

Informationen und Reservierung:

buergertreff@nuertingen.de

Es laden herzlich ein die CIVITAS-Botschafterinnen und –Botschafter: Andrea Frenzel-Heiduk aus Bremen, Monika Harnisch aus Essen, Ralph Keppler aus Leipzig, Horst Stephan aus Viernheim, Dieter Lehmann aus Schwäbisch Gmünd, Ernst Weidl aus Weyarn, Gabriele Langfeld, Bettina Schreitmüller und Hannes Wezel aus Nürtingen